

**27/4.1**

**GZ: BMASK-59201/0035-V/A/1/2016**

**ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT**

Wien, 23.12.2016

**Betreff: EU-Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit- u. Verbraucherschutz" am 8. Dezember 2016 in Brüssel, Vortrag an den Ministerrat**

### **Vortrag an den Ministerrat**

Am 8. Dezember 2016 fand in Brüssel die 3507. Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit“ statt. Den Vorsitz führte der slowakische Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Ján Richter. Für die Europäische Kommission nahmen Kommissarin Marianne Thyssen und Vizepräsident Valdis Dombrovskis teil. Österreich war durch Herrn Bundesminister Stöger vertreten.

Im Mittelpunkt der Ratstagung stand ein **Gedankenaustausch** der MinisterInnen zum **Jahreswachstumsbericht 2017**, dem Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts und dem Entwurf einer Eurozonenempfehlung. Die MinisterInnen begrüßten die Beibehaltung der drei Hauptpfeiler Investitionen, Strukturreformen und eine verantwortungsvolle Haushaltsdisziplin sowie den stärkeren Fokus auf sozial- und beschäftigungspolitische Aspekte im Jahreswachstumsbericht. Die beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekte der Eurozonenempfehlung wurden gebilligt. Österreich betonte die Bedeutung sozialer Fairness, inklusiven Wachstums sowie der Bekämpfung der Ungleichheit und bedauerte, dass wichtigen Themen wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde, u.a. Kinderarmut und dem rasanten Wandel der Arbeitswelt im Zuge der Digitalisierung. Bundesminister Stöger wies darauf hin, dass aus

seiner Sicht ausgeglichene Budgets, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum wichtig, aber wertlos seien, wenn sich die soziale Lage der Menschen nicht verbessere.

Der Rat führte außerdem eine **politische Aussprache** zur geplanten **Europäischen Säule sozialer Rechte**. Die MinisterInnen betonten dabei die notwendige Ausgewogenheit zwischen sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen und die Rolle der Sozialpartner im europäischen Sozialmodell. Aus österreichischer Sicht wurde auf die großen sozialen Herausforderungen in den Mitgliedstaaten, insbesondere Arbeitslosigkeit, hohe Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit verwiesen. Die europäische Säule sozialer Rechte sei eine wichtige Initiative und ein erster Schritt zur Neuorientierung der Politik, die u.a. öffentliche Investitionen in Zukunftssektoren und (sozialer) Infrastruktur, eine goldene Investitionsregel, die Förderung der Binnennachfrage durch gerechte Löhne sowie Bekämpfung sozialer Ungleichheit umfassen müsse.

Der Rat erzielte eine **Allgemeine Ausrichtung** zu den Verordnungsvorschlägen betreffend die Revision der Gründungsverordnungen der EU-Agenturen (Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung).

Die **Ratsschlussfolgerungen** zur Beschleunigung des Prozesses der **Integration der Roma** sowie zur **Umsetzung der Jugendgarantie und der Jugendbeschäftigungsinitiative** wurden angenommen.

Die Ratsschlussfolgerungen **zu Frauen und Armut** wurden vom Rat angenommen. Für das Ziel der Bekämpfung der Armut und Armutsgefährdung von Frauen wird die gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit als Bedingung für das Erreichen von Geschlechtergerechtigkeit definiert. Der Abbau von Barrieren für die Erwerbstätigkeit von Frauen wird als wirksamer Hebel hervorgehoben. Besonders stark von Armut betroffene oder armutsgefährdete Gruppen von Frauen sollen durch gezielte Maßnahmen unterstützt werden.

Der Rat nahm außerdem **Fortschrittsberichte** über den Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über die **Entsendung** von ArbeitnehmerInnen, zur **Antidiskriminierungsrichtlinie** sowie zur Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die **Barrierefreiheitsanforderungen** für Produkte und Dienstleistungen zur Kenntnis. Sozialminister Stöger unterstützte den Inhalt des Fortschrittsberichts zur Entsenderichtlinie und betonte die Notwendigkeit einer gleichen Entlohnung ab dem ersten Tag der Entsendung für entsandte ArbeitnehmerInnen.

Die unter Punkt Sonstiges zur Kenntnis gebrachten Informationen wurden vom Rat zur Kenntnis genommen. Österreich informierte die MinisterInnen über die im März 2017 stattfindenden „**Special Olympics World Winter Games**“ in Österreich unter dem Motto „Herzschlag für die Welt“.

Der **Tagungsteil zu gesundheitspolitischen Themen** wurde durch den slowakischen Minister für Gesundheit, Thomas Drucker, geleitet. Für die Europäische Kommission nahm der Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Vytenis Andriukaitis teil, Österreich wurde durch Gesandten Thomas Oberreiter vertreten.

**Europäisches Semester- Jahreswachstumsbericht 2017:** Die durch das Europäische Semester gebotene Möglichkeit zur Reflexion über eine Verbesserung der Kostenwirksamkeit und der allgemeinen Qualität des Gesundheitswesens scheint viel zu wenig genutzt zu werden. Die GesundheitsministerInnen sollten daher verstärkt in den Informations- und Diskussionsprozess im Rahmen des Europäischen Semesters einbezogen werden. Die Kommission betonte, dass Gesundheit 8% des EU-BIP ausmache und rechtfertigte infolge dessen die prominente Platzierung von Gesundheit innerhalb des Europäischen Semesters, zumal auch Strukturreformbedarf sowie Investitionsbedarf in die Prävention bestünde. Österreich sprach sich gegen die Befassung von vorgelagerten Gruppen aus, es sollten sich die MinisterInnen direkt mit der Thematik befassen, sei es in formellen oder informellen Räten. Die Länderbesuche und infolge die länderspezifischen Empfehlungen wurden als wertvoll qualifiziert. In Zusammenfassung der Diskussion ersuchte der Vorsitz die Ratsarbeitsgruppe Gesundheit auf hoher Ebene die weitere Einbindung von Gesundheit in das Europäische Semester gemäß dem Wunsch der MinisterInnen zu prüfen und weiter zu verfolgen.

Die unter Punkt Sonstiges zur Kenntnis gebrachten Informationen wurden vom Rat zur Kenntnis genommen.

Ausblick auf die maltesische Präsidentschaft: Malta als letzter Triopartner, wird insbesondere „Übergewichtigkeit bei Kindern“ (Review des Aktionsplanes, gesundes Essen in Schulen) sowie „strukturierte grenzüberschreitende Kooperation“ (z.B. Verfügbarkeit von Arzneimitteln) schwerpunktmäßig behandeln.“

Wir stellen den

Antrag,

die Bundesregierung wolle von diesem Bericht Kenntnis nehmen.

Wien, am 23. Dezember 2016

Alois Stöger

Sabine Oberhauser